

Nachgefragt in Berlin

GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHER DER BUNDESTAGSFRAKTIONEN ÄUSSERN SICH ZUR KINDERHOSPIZARBEIT

1. Frage: Etwa 40.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland sind so schwer krank, dass sie absehbar nicht erwachsen werden. Für die betroffenen Familien bedeutet die Diagnose einer solchen Krankheit nicht nur ein Leben in Sorge und Angst um das eigene Kind. Vielmehr haben sie häufig auch mit Finanznot zu kämpfen, weil die Eltern ihre Berufstätigkeit einschränken müssen und zugleich hohe Therapiekosten anfallen. Außerdem wenden sich oft Freunde und Bekannte ab, weil sie das Schicksal der Betroffenen überfordert. All das sind kaum auszuhaltende Belastungen für die Familien. Was muss aus ihrer Sicht passieren, damit unheilbar kranke Kinder mit begrenzter Lebenserwartung und ihre Angehörigen aus dem gesellschaftlichen Abseits geholt werden beziehungsweise gar nicht erst dorthin geraten?

MARIA MICHALK, CDU

Die natürliche Fröhlichkeit von Kindern macht es Eltern bei einer unheilbaren Erkrankung besonders schwer. Die medizinische Behandlung ist allumfassend gewährleistet. Weitere Aufwendungen der Eltern abzufedern, dem widmen sich immer mehr Prominente. Das ist gut! Ein gutes Vorbild ist ansteckend und trägt die Bereitschaft zu helfen in die Gesellschaft. Selbsthilfegruppen leisten mit ihrem Erfahrungsschatz dabei einen großen Beitrag. Politisch sind weitere Gesetze beschlossen, so die besonderen Maßnahmen für Kinderhospize und eine ehrenamtliche Begleitung für Eltern und Geschwister.



Maria Michalk, CDU

Maria Klein-Schmeink,
Bündnis 90/Die Grünen

Hilde Mattheis, SPD

Birgit Wöllert,
Die Linke

2. Frage: Ambulante und stationäre Kinderhospize begleiten und unterstützen nicht nur ein erkranktes Kind, sondern die gesamte betroffene Familie umfassend ab der Diagnose einer Krankheit, die absehbar zum Tod führen wird – häufig über mehrere Jahre. Oftmals entstehen für die Betroffenen dabei vertrauensvolle Beziehungen, die gerade angesichts ihrer sonstigen sozialen Isolation sehr wichtig sind. Die öffentliche Finanzierung dieser Begleitung endet allerdings mit dem Todestag eines Kindes – also genau dann, wenn die verwaisten Eltern und Geschwister besonders dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Wie bewerten Sie, dass eine über den Tod eines Kindes hinausreichende Trauerarbeit mit den Angehörigen nicht öffentlich finanziert wird, sondern nur durch Spenden ermöglicht wird?

MARIA MICHALK, CDU:

Trauerarbeit ist schwer. Jeder durchlebt sie sehr persönlich. Viele benötigen professionelle Unterstützung. In Selbsthilfegruppen und Gesprächskreisen wird untereinander Hilfe gegeben. Das hat in Deutschland eine gute Tradition. Trauende zu begleiten ist eine wertvolle eigene Lebenserfahrung. Diese Arbeit ist nicht messbar und damit nicht bezahlbar. Sterbebegleitung wird solidarisch mit 95 Prozent aus der GKV unterstützt. Die enge Anbindung an die Gesellschaft durch Spendenbereitschaft war ausdrücklich gewünscht und ist richtig.